

alexander häusler/fabian virchow (hrsg.)

neue soziale bewegung von rechts?



zukunftsängste
abstieg der mitte
ressentiments

Alexander Häusler / Fabian Virchow (Hrsg.)
Neue soziale Bewegung von rechts?

Alexander Häusler / Fabian Virchow (Hrsg.)

Neue soziale Bewegung von rechts?

Zukunftsängste | Abstieg der Mitte | Ressentiments

Eine Flugschrift

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2016, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten

Umschlagfoto: AfD-Demonstration am 7.11.2015 in Berlin,
Wilhelmstraße (Paul Zinken/dpa)

Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH
ISBN 978-3-89965-711-1

Inhalt

Einleitung: Formierung einer neuen rechten Bewegung	7
von Alexander Häusler und Fabian Virchow	
Protest und soziale Bewegungen von rechts	10
von Fabian Virchow	
Rechtspopulismus in der »Berliner Republik« und Europa – Ursachen und Hintergründe	19
von Joachim Bischoff und Bernhard Müller	
Die internationalen »Counter-Jihad«-Netzwerke	32
von Jörg Kronauer	
Die AfD – eine rechtspopulistische »Bewegungspartei«?	42
von Alexander Häusler	
Einmal den Zirkel um Dresden schlagen	52
Pegida – Grundzüge und Abgründe einer Protestserie ohnegleichen	
von Felix Korsch	
Destruktive Wirkungen	63
Die rechten Instrumentalisierungen der Silvesterereignisse in Köln	
von Isolde Aigner, Margarete Jäger und Regina Wamper	
Neurechte Netzwerke und die Initiative »Ein Prozent für unser Land«	73
von Anna-Lena Herkenhoff	
Vigilantismus – die Inszenierung rechter Bürgerwehren	84
von Matthias Quent	

Jenseits der »Lügenpresse«	95
Mit wem AfD, Pegida und Co. sprechen von Volkmar Wölk	
Die Anti-Asyl-Agitation des Neonazi-Spektrums	105
NPD, »Die Rechte« und »Der III. Weg« von Hendrik Puls	
Flächenbrand	115
Rechte und rassistische Gewalt im ost- und westdeutschen Alltag von Heike Kleffner	
Fazit	122
von Alexander Häusler und Fabian Virchow Folgen für die politische Kultur	
Die Autorinnen und Autoren	127

Einleitung

Formierung einer neuen rechten Bewegung

von Alexander Häusler und Fabian Virchow

Im Zuge der aktuellen Flüchtlingsdebatte erfahren rechte Kräfte massiven Zulauf. Dabei wachsen Milieus und Organisationen aktionsorientiert zusammen, die vormals abgeschottet voneinander agiert hatten. Von rechter Seite her wird zum »nationalen Aufstand« gegen Einwanderung und Asyl, Interkulturalität und religiöse Vielfalt mobilisiert.

Zugleich sehen rechtspopulistische und extrem rechte Akteure eine günstige Gelegenheit zur rassistischen Mobilisierung. Diese Mobilisierung ist Ausdruck und propagandistischer Anknüpfungspunkt eines rechten Kulturkampfes, dessen Ziel ein reaktionär-autoritärer Umbau der Gesellschaft ist. Auch »der Islam« erweist sich dabei vor dem Hintergrund des internationalen, gewalttätigen Islamismus als wirkungsmächtiges Feindbild für die Anrufung rassistischer Ressentiments.

Bereits seit 2013 sind in einigen Städten und Orten systematische Versuche bekannt geworden, gegen die Aufnahme von Geflüchteten und die Gewährung von Schutz zu agitieren. Mit der Entstehung von Pegida im Herbst 2014 haben sich solche Aktivitäten vervielfacht. Die große und in den ersten Monaten rasch ansteigende Zahl von Demonstrierenden in Dresden hat die gesamte rechtspopulistische und extrem rechte Szene in Deutschland beflügelt; Pegida kann als Initialzündung für eine neue flüchtlingsfeindliche Protestbewegung angesehen werden.

Diese bietet vielen, die gegen eine interkulturelle Gesellschaft sind, ethnische Homogenität zurückwünschen und ein tiefes Misstrauen gegenüber den Bundestagsparteien im Besonderen oder das demokratische System im Allgemeinen haben, neue Ausdrucksformen – in der persönlichen Kommunikation, im Internet und auf der Straße.

Zudem haben die Pegida-Demonstrationen aus Sicht der Protestforschung »insbesondere in Sachsen mittelbar zu einer sprung-

haften Zunahme gewalttätiger Übergriffe auf Asylbewerberheime im ersten Halbjahr 2015 beigetragen« (Vorländer et al. 2015: 146).

Der starke Anstieg der Zahl der nach Deutschland Geflüchteten, der nicht zuletzt durch die Eskalation des Bürgerkrieges in Syrien zu erklären ist, hat zu einer stark polarisierten gesellschaftlichen Diskussion und Praxis um die Themen Flucht, Asyl und Einwanderung geführt. Viele Menschen haben sich im Rahmen der »Willkommenskultur« unterstützend und solidarisch gegenüber den Zufluchtsuchenden verhalten. Sie haben Zeit, Energie, Geld und vieles mehr eingebracht – aber sie sind nicht als politischer Faktor in Erscheinung getreten.

Demgegenüber treten die Rassist*innen auf breiter Front an – im parlamentarischen wie im außerparlamentarischen Raum, in der gesellschaftlichen Debatte, auf der Straße und mit den Mitteln der Gewalt. So zeigt sich die rassistische Mobilisierung von rechts auch in den großen Wahlerfolgen der AfD und im massiven Anstieg rassistisch motivierter Gewalt. Der rassistische Vormarsch steht im Zusammenhang mit einem gesamtgesellschaftlichen Meinungsklima, das ausgrenzende, autoritäre Abwehrhaltungen und gewalttätigen Rassismus begünstigt. Politisch wird diese Entwicklung indirekt legitimiert durch die CSU, die in Abgrenzung zum Merkel'schen Credo »wir schaffen das« von einer »Herrschaft des Unrechts« (Seehofer 2016) redet und die ungarische Grenzzaun-Politik des Rechtspopulisten Victor Orban favorisiert.

Die aktuelle Entwicklung zeigt in vielerlei Hinsicht Ähnlichkeit mit der sogenannten Asyldebatte Anfang der 1990er Jahre. Auch jene Phase war gekennzeichnet von einem massiven Anstieg rassistisch motivierter Gewalt, von einer anlassbezogenen Formierung rechter Milieus und politischer Initiativen zur Einschränkung des Asylrechts. Im Kontext fortgesetzter bzw. eskalierender Kriege, gescheiterter Aufbruchsbewegungen in den Gesellschaften Nordafrikas, angesichts bestehender globaler Wohlstandsgefälle sowie erheblicher Teile der Bevölkerung, die an der überkommenen Vorstellung weitgehend homogener ethnischer Volkszusammensetzung festhalten, lassen sich deutliche Parallelen feststellen. Die Zahl der Geflüchteten steigt deutlich an, rechts von CDU/CSU feiern die extreme Rechte und Rassist*innen Erfolge und die Re-

gierungscoalition reagiert unter anderem mit weiteren Einschränkungen des Rechts auf Asyl.

Die dynamische Formierung einer neuen rechten sozialen Bewegung wird in dem vorliegenden Buch analysiert. Hierbei werden zentrale politische Felder, Themen, Akteure und Netzwerke dieser neuen Bewegung beleuchtet. In erweiterter Perspektive befassen sich die Texte zudem mit den politischen Gelegenheitsstrukturen, dem sozioökonomischen Kontext und den gesellschaftlichen Folgen dieses rechten Roll Back-Versuchs.

Mit dieser Flugschrift soll ein erster Anstoß zur vertiefenden Auseinandersetzung mit der Gefahr eines neuen Rechtsrucks in Deutschland gegeben werden, dessen Dynamik und machtpolitische Zukunftsdimensionen der Aufmerksamkeit einer kritischen Öffentlichkeit bedürfen.

Literatur

Seehofer, Horst (2016): »Herrschaft des Unrechts«, in: www.pnp.de/nachrichten/bayern/1958889_Seehofer-unterstellt-Merkel-Herrschaft-des-Unrechts.html (09.02.2016)

Vorländer, Hans/Herold, Maik/Schäller, Steven (2015): PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Wiesbaden.

Protest und soziale Bewegungen von rechts

von Fabian Virchow

Obwohl in der wissenschaftlichen Literatur mehrheitlich weder implizit noch explizit die Möglichkeit reaktionärer oder rechter sozialer Bewegungen ausgeschlossen wurde, war das Sprechen über soziale Bewegungen doch regelmäßig mit der Annahme verbunden, diese verfolgten *grosso modo* emanzipative Zielsetzungen (Pichardo 1997). Zwar ist diese Sichtweise inzwischen theoretisch und empirisch aufgebrochen worden, gleichwohl fehlt es noch weitgehend an einer umfassenden Untersuchung und Darstellung historischer Entwicklungen, aktueller Ausdrucksformen, ideologischer Profile und politischer und kultureller Praxen (extrem) rechter sozialer Bewegungen. Auch die Frage, unter welchen Bedingungen (extrem) rechte Bewegungen sich formieren, mobilisierungsfähig und wirkmächtig – oder auch: bedeutungslos – werden, harret einem systematisierenden und vergleichenden Zugriff.

In der deutschsprachigen Diskussion sind insbesondere die Definitionen von Joachim Raschke (1985) und Dieter Rucht (1994) zu Referenzpunkten geworden. Danach sei eine soziale Bewegung ein »auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mit Mittel des Protests – notfalls bis hin zur Gewaltanwendung – herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen« (Rucht 1994: 76f.). Strukturell zeichnen sich soziale Bewegungen durch einen mittleren Organisationsgrad aus, sodass sie sich einerseits von formellen Organisationen wie Parteien oder Lobbygruppen, andererseits auch von spontanen bzw. sporadischen und kurzlebigen sozialen Phänomenen wie *riots* unterscheiden. Weil ihnen formelle Zugänge zu politischen Machtzentren in der Regeln nicht zur Verfügung stehen, greifen sie auf vielfältige Formen des politischen Protests zurück. Dieser ist dadurch gekennzeichnet, dass er Ordnung und Gewohnheit stört, den Dissens eindeutig und öffentlich formuliert und die Legitimität des Bestehenden auch mittels affektiver Aufladung

infrage stellt (Paris 2000: 50ff.). Obwohl er häufig kollektiv getragen wird, kann politischer Protest auch von Individuen ausgeübt werden (Teorell/Torcal/Montero 2007). In seiner triadischen Konstellation verweist Protest auf seine je instrumentelle, funktionale und interaktive Dimension, bei denen es um Inszenierung mit dem Ziel der Aufmerksamkeit, Herstellung von Zustimmung und Unterstützung sowie die Selbstvergewisserung gemeinsamer Handlungsmächtigkeit geht (Rucht 2007).

Folgt man der Unterscheidung Norberto Bobbios (1994), demzufolge die grundlegende Differenz zwischen der politischen Rechten und der politischen Linken in ihrer unterschiedlichen Sichtweise auf die Frage der Gleichheit der Menschen liegt, so sollen hier unter »rechts« jene weltanschaulichen Positionen und politischen Praxen verstanden werden, die die Unvermeidbarkeit bzw. Unverzichtbarkeit von Ungleichheit für das Funktionieren von Gesellschaft postulieren. Die Rechte lässt sich weiter ausdifferenzieren in eine konservative, eine reaktionäre und eine faschistische Rechte.

Rechte soziale Bewegungen treten als Ein-Punkt-Bewegungen auf – etwa als Bewegungen gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbruch (King/Husting 2003; Meyer/Staggenborg 2008), für die Reduzierung der Steuern für Wohlhabende (Martin 2013) oder gegen Einwanderung (Zakharov 2013),¹ können jedoch auch einer komplexeren Agenda verpflichtet sein, wie zum Beispiel die *Tea Party* (Ashbee 2011; Gast/Kühne 2011; Burke 2015) oder faschistische Bewegungen. Anti-feministische Standpunkte sind regelmäßig anzutreffen. In vielen Fällen greifen rechte soziale Bewegungen auf Religion als Letztbegründung zurück. Exemplarisch sei hier verwiesen auf die *Christian Identity*-Bewegung in den USA (Barkun 1994; Dobratz 2002), die *Srpski otačastveni pokret Obraz* (Serbisch Patriotische Bewegung Obraz) mit engen Bezügen zur Serbischen Orthodoxen Kirche (Tomić 2013) oder die Hindutva Bewegung um die *Rashtriya Swayamsevak Sangh* (RSS), die mit ihrem Hindu-Nationalismus insbesondere Ausgrenzung und Ge-

¹ Die Unterscheidung zwischen Bewegungen, die sich auf ein spezifisches Thema fokussieren, und jenen, die eine umfassendere Programmatik durchzusetzen versuchen, ist idealtypisch.

walt gegen Muslime proklamiert und praktiziert (Jaffrelot 1993; Mukta 2000; Valiani 2010).

Protest und soziale Bewegungen von rechts artikulieren sich in einer großen Bandbreite politischen Handelns: Sie organisieren Demonstrationen, produzieren eigene Medien, besetzen Gebäude, verweigern die Zahlung von Steuern an eine als illegitim betrachtete (Zentral-) Regierung oder praktizieren politisch motivierte Gewalt. In etlichen Fällen bilden sie paramilitärische Strukturen aus.

Reaktionäre und rassistische Mobilisierungen

Folgt man einem klassischen Erklärungsansatz für das Entstehen sozialer Bewegungen, so stellen diese eine Reaktion auf gesellschaftliche Verwerfungen und Umbrüche dar, die von Teilen der Bevölkerung als negativ wahrgenommen und von anderen politischen Akteur*innen nicht entsprechend thematisiert werden. Die Ablehnung von Gender Mainstreaming und von Formen des Begehrens jenseits heteronormativer Modelle findet ihren Ausdruck in jüngerer Zeit in Frankreich unter anderem in der Bewegung *Manif pour tous*, die auch in der Bundesrepublik Deutschland als »Demo für alle« aufgegriffen wurde. Die Ablehnung religiöser Vielfalt speist zahlreiche der anti-muslimischen Bewegungen in Europa und den USA.

Seit 2014/2015 ist die Thematisierung von Flucht, Asyl und Einwanderung zum zentralen Handlungsfeld rechter Bewegungen in Europa geworden; vielfach haben auch mit ihnen verbundene extrem rechte oder rechtspopulistische Parteien bei Wahlen profitiert.

In Polen hat die Parlamentswahl vom 25. Oktober 2015 zur Alleinregierung der nationalkonservativen *Prawo i Sprawiedliwość* (PiS) geführt. Erstmals seit 1989 ist im Parlament keine linke Partei vertreten, und die Regierung unter Beata Maria Szydło hat umgehend damit begonnen, den Staatsapparat, das Verfassungsgericht und die öffentlich-rechtlichen Medien ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Die PiS-Regierung verweigert sich der Aufnahme von 7.000 Geflüchteten, der die Vorgängerregierung noch zugestimmt hatte. Bereits im Wahlkampf hatte der Parteivorsitzende Jaroslaw Kaczyński die Flüchtenden mit Cholera, Parasiten und Bakterien in

Verbindung gebracht. Der jährlich in Warschau aus Anlass des Unabhängigkeitstages am 11. November stattfindende Marsch wird zunehmend von extrem rechten Gruppen dominiert; geprägt wurde er im Jahr 2015 durch Parolen wie »Kein Islam, kein Atheismus, Polen den Katholiken« oder »Europa erlebt eine Invasion – und wir sind der Schutzwall dagegen«.

Diese Botschaft, dass die osteuropäischen Länder die letzte Bastion der EU gegen eine unkontrollierte Einwanderung sind, verbreitete am Ende der Veranstaltung vor mehr als 30.000 Teilnehmenden auch der für die extrem rechte *Jobbik* im Parlament des Komitat Csongrád sitzende ungarische Abgeordnete László Toroczkai. Dieser tritt nicht nur für ein Großungarn ein, sondern forderte als Bürgermeister der Großgemeinde Ásotthalom bereits Anfang 2015 dazu auf, die Flüchtenden durch die Errichtung eines Zaunes von Ungarn fernzuhalten. Dieser Vorschlag wurde im Frühsommer 2015 vom ungarischen Ministerpräsidenten Orbán aufgegriffen und umgesetzt. Seitdem sind weitere Grenzzäune gefolgt.

In Österreich hat die extrem rechte *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ), die seit vielen Jahren ihre Wahlkämpfe mit antimuslimischer Hetze und rassistischen Parolen bestreitet, deutliche Erfolge bei den Wahlen in der Steiermark und im Burgenland im Mai 2015 sowie in Oberösterreich im September 2015 verbuchen können. Nicht zuletzt, um die Chancen der FPÖ bei der am 24. April 2016 stattfindenden Direktwahl des Bundespräsidenten zu schmälern, hat die ÖVP den ultrakonservativen Andreas Khol ins Rennen geschickt und setzt eine restriktive Asyl- und Flüchtlingspolitik um.

In Frankreich hat der *Front National* von Marine Le Pen nicht zuletzt angesichts islamistischer Terrorakte und der Enttäuschung, die viele Wählende inzwischen mit der sozialistischen Regierung verbinden, bei den Regionalwahlen im Dezember 2015 27,7% der Stimmen erzielt und wurde damit in sechs der dreizehn Regionen stärkste Partei. Zwar unterlag der Front National im zweiten Wahlgang insbesondere aufgrund einer starken Wahlbeteiligung seitens derjenigen, die zuvor nicht teilgenommen hatten – dennoch verweist das Ergebnis auch im Rückblick auf das gute Abschneiden bei den Europawahlen 2014 auf eine stabile Wählerschaft. Die Re-

gierungscoalition hat sich inzwischen in die Riege derjenigen eingereiht, die eine deutliche Einschränkung von Freizügigkeits- und Mobilitätsregeln in Europa fordern. Im Dezember kam es auf Korsika zu organisierter Massengewalt gegen Muslime.

In Schweden, das zunächst zahlreichen Flüchtenden Aufnahme und Schutz gewährt hat, ist es – nicht zuletzt aufgrund des wachsenden Zuspruchs aus der Bevölkerung zu den extrem rechten *Sverigedemokraterna* (Schwedendemokraten) sowie zahlreicher Brandanschläge auf Unterkünfte für Asylsuchende – inzwischen zu zahlreichen Restriktionen gekommen, etwa bei der Vergabe dauerhafter Aufenthaltsbewilligungen. Innenminister Anders Ygeman kündigte im Januar 2016 die massenhafte Ausweisung von Geflüchteten an. Kurz darauf kam es zu organisierten Gewalttaten gegen Geflüchtete sowie Migrantinnen und Migranten, die von Neonazis und rechten Hooligans organisiert worden waren; im Februar wurden südlich von Stockholm polnische Neonazis verhaftet, die Überfälle auf Flüchtlinge vorbereitet hatten.

In Dänemark war der Wahlkampf zum dänischen Parlament am 18. Juni 2015 von einem Wettkampf der bürgerlich-liberalen Venstre und der Sozialdemokratie um schärfere Asylregeln bestimmt. Davon hat insbesondere die *Dansk Folkeparti* (DF) profitiert, die mit einem Stimmenzuwachs von 8,8 auf 21,1% zweitstärkste Partei geworden ist. Nun stützt sie die Minderheitsregierung der liberal-konservativen Venstre und setzt so weitere Restriktionen in der Asylpolitik durch. Neben der Wiedereinführung von Grenzkontrollen sind u.a. längere Ingewahrsamnahmen von Personen mit »ungeklärter Identität« sowie eine dreijährige Wartezeit bei der Familienzusammenführung zu nennen.

In Finnland hat in den letzten Jahren die rechtspopulistische Partei *Perussuomalaiset* (Die Finnen) erheblichen Einfluss gewonnen. Im Gefolge der Parlamentswahl vom 19. April 2015, bei der sie mit 17,7% der Stimmen drittstärkste Partei wurde, ist sie in die Regierungskoalition eingetreten und stellt in Person ihres Mitgründers und Parteivorsitzenden Timo Juhani Soini den Außenminister des Landes. Die Partei lehnt die Aufnahme weiterer Flüchtlinge sowie einen europäischen Verteilungsschlüssel ab und fordert eine Verschärfung der Regelungen für die Familienzusammenführung.

Beträchtliche Aufmerksamkeit erhielten Anfang 2016 als »Bürgerwehr« auftretende neonazistische Gruppen wie die *Soldiers of Odin*. Der ebenfalls Perussuomalaiset angehörende Justizminister Jari Lindström hieß die Straßenpatrouillen zum Schutz »weißer Frauen vor Zugewanderten« legal; man müsse die Ängste der Bevölkerung jetzt ernstnehmen.

In Belgien, das im Jahr 2015 etwa 50.000 Geflüchtete aufgenommen hat, findet der Rechtspopulist Geert Wilders mit der *Partij voor de Vrijheid* (PVV) bisher nicht gekannte Zustimmung. Wilders forderte nach der sexualisierten Gewalt der Silvesternacht in Köln, dass alle männlichen Flüchtlinge wegzusperren seien. Bei Informationsveranstaltungen zum Bau von Unterkünften kommt es regelmäßig zu Protesten, zum Teil angestachelt von der neonazistischen *Nederlandse Volks-Unie*. Im Oktober wurde erstmals eine Unterkunft in Woerden mit Rauchbomben angegriffen; im Dezember 2015 kam es in Geldermalsen (bei Utrecht), wo die Unterbringung von Geflüchteten geplant war, zum Versuch eines Rathaussturmes.

Zur Wirkung sozialer Bewegungen und der Proteste von rechts

In vielen europäischen Ländern haben die Wahlerfolge rechter und extrem rechter Parteien diesen nicht nur zusätzliche Ressourcen beschert; die entsprechenden Stimmengewinne haben auch dazu beigetragen, dass eine restriktive Politik gegenüber Asyl- und Schutzsuchenden in der Erwartung durchgesetzt wird, damit werde nicht nur die Zahl der Flüchtenden reduziert, sondern den rechten und extrem rechten Parteien auch Wähler*innen abspenstig gemacht. Ob dies gelingen wird, ist allerdings völlig ungewiss. Und es geschähe um den Preis weitgehender Beschneidungen grundlegender Rechte – und entspräche damit einer von den rechten und rassistischen Parteien und Bewegungen vertretenen politischen Rationalität.

Allerdings ist dies nur eine Möglichkeit, mittels der rechte Bewegungen wirksam werden. Die Siedler-Bewegung in Israel durchdringt staatliche Strukturen und erschwert auf diese Weise selbst den begrenzten Einsatz staatlicher Instanzen und Gewaltmittel gegen den illegalen Siedlungsbau (Haklai 2007). Die Tea Party-Bewe-

gung in den USA hat in den Nominierungen von Kandidat*innen in zahlreichen Fällen ihre Vorschläge innerhalb der Republikanischen Partei durchsetzen können und deren Schwerpunktvorhaben maßgeblich beeinflusst (Ashbee 2011: 162f.).

Seit den späten 1960er Jahren verfolgt ein Teil der extremen Rechten das Ziel, mittels der Einflussnahme auf gesellschaftliche Diskurse, etwa durch die Umdeutung von Begriffen, die Voraussetzungen für eine umfassende politische und ökonomische Renationalisierung, eine ethnische Rehomogenisierung, die Aufhebung geschlechteregalitärer Ansätze und eine kulturelle Entliberalisierung zu verbessern. Im Mittelpunkt der meisten Protestaktionen der extremen Rechten stehen Forderungen nach einer Verschärfung des sozialen Ausschlusses »schwacher Gruppen« sowie der Wiederherstellung zuvor existierender Hierarchien und Privilegien, etwa entlang der Kategorien von Geschlecht, Herkunft oder »natürlicher Anlage« (z.B. in Fragen der Bildung). Insofern liegt hier ein reaktionäres Programm vor, das mit einem zivilistischen Gesellschaftsverständnis nichts zu tun hat, sich aber dennoch gelegentlich der rebellischen Geste bedient, um der Selbstzuschreibung als fundamentale Systemopposition gerecht zu werden.

Literatur

- Ashbee, Edward (2011): Bewitched – The Tea Party Movement: Ideas, Interests and Institutions, in: *The Political Quarterly* Vol. 82, No. 2, S. 157-164.
- Barkun, Michael (1994): *Religion and the Racist Right: The Origins of the Christian Identity Movement*. Chapel Hill.
- Bobbio, Norberto (1994): *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*. Berlin.
- Burke, Meghan A. (2015): *Race, gender, and class in the Tea Party: What the movement reflects about mainstream ideologies*. Lanham.
- Dietrich, David R. (2014): *Rebellious Conservatives. Social Movements in Defense of Privilege*. New York.
- Dobratz, Betty A. (2002): *The Role of Religion in the Collective Identity of the White Racist Movement*, in: *Journal for the Scientific Study of Religion* Vol. 40, No. 2, S. 287-301.
- Gast, Henrik/Kühne, Alexander (2011): ›Tea-Party‹-Time in den USA? Zu

- Profil und Einfluss einer heterogenen Bewegung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen Jg. 42, Heft 2, S. 247-269.
- Haklai, Oded (2007): Religious-Nationalist Mobilization and State Penetration, in: Comparative Political Studies Vol. 40, No. 6, S. 713-739.
- Jaffrelot, Christophe (1993): The Hindu Nationalist Movement and Indian Politics. 1925 to the 1990s. London.
- King, Leslie/Husting, Ginna (2003): Anti-Abortion Activism in the U.S. and France: Comparing Opportunity Environments of Rescue Tactics, in: Mobilization: An International Journal Vol. 8, No. 3, S. 297-312.
- Kössler, Till (2014): Gelegenheiten und Gewalt: Der spanische Faschismus als soziale Bewegung. In: Mittag, Jürgen/Stadtland, Heike (Hrsg.): Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft. Essen, S. 109-125.
- Martin, Isaac William (2013): Rich People's Movements. Grassroots Campaigns to Untax the One Percent. Oxford.
- Meyer, David S./Staggenborg, Suzanne (2008): Opposing Movement Strategies in U.S. Abortion Politics, in: Research in Social Movements, Conflicts and Change Vol. 28, S. 207-238.
- Mukta, Parita (2000): The Public Face of Hindu Nationalism, in: Ethnic and Racial Studies Vol. 23, No. 3, S., 442-466.
- Paris, Rainer (2000): Schwacher Dissens. Kultureller und politischer Protest. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Jugendkulturen, Politik und Protest. Opladen, S. 49-62.
- Pichardo, Nelson (1997): New Social Movements: A Critical Review, in: Annual Review of Sociology Vol. 23, S. 411-430.
- Raschke, Joachim (1985): Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß. Frankfurt a.M.
- Rucht, Dieter (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt a.M./New York.
- Rucht, Dieter (2007): Einführung. In: Geiselberger, Heinrich (Hrsg.): Und jetzt? Politik, Protest und Propaganda. Frankfurt a.M., S. 183-201.
- Steuer, Janosch (2014): Fremde als ›Problem‹. Skizze des Framing der fremdenfeindlichen Bewegung der frühen 1990er Jahre. In: Mittag, Jürgen/Stadtland, Heike (Hrsg.): Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft. Essen, S. 167-187.
- Teorell, Jan/Torcal, Mariano/Montero, José R. (2007): Political Participation. Mapping the Terrain. In: Deth, Jan W. van/Montero, José R./Westholm, Anders (Hrsg.): Citizenship and Involvement in European Democracies: A Comparative Analysis. London, S. 334-357.
- Tomić, Đorđe (2013): On the ›right‹ side? The Radical Right in the Post-Yugoslav Area and the Serbian Case, in: Fascism Vol. 2, No. 1, S. 94-114.

- Valiani, Arafat A. (2010): Physical Training, Ethical Discipline, and Creative Violence: Zones of Self-Mastery in the Hindu Nationalist Movement, in: *Cultural Anthropology* Vol. 25, No. 1, S. 73-99.
- Virchow, Fabian (2014): Protest von rechts – Reaktionäre Rebellen als dunkle Seite der Zivilgesellschaft, in: *Journal für politische Bildung* 4/2014, S. 34-41.
- Zakharov, Nikolay (2013): The Social Movement Against Immigration as the Vehicle and the Agent of Racialization in Russia. In: Jacobsson, Kerstin/Saxonberg, Steven (Hrsg.): *Beyond NGO-ization. The Development of Social Movements in Central and Eastern Europe*. Farnham, S. 169-189.

Fazit

von Alexander Häusler und Fabian Virchow

Die gegenwärtige Entwicklung einer neuen rechten Bewegung, die in verschiedenen Formen und Gestalten wahrnehmbar wird, die Mechanismen ihrer gesellschaftlichen Wirksamwerdung und die gesellschaftlichen Folgen des angekündigten rechten Aufstandes gegen das »Altparteienkartell« (O-Ton AfD) bedürfen fortgesetzter und intensivierter interdisziplinärer wissenschaftlicher Untersuchung.

Die neue Qualität rassistisch-nationalistischer Mobilisierung besteht derzeit im Ineingreifen unterschiedlicher politischer Dynamiken und der damit einhergehenden gelegenheitsbedingten, aktionszentrierten Zusammenführung unterschiedlicher, lange weitgehend abgegrenzt voneinander agierender rechter Milieus und Organisationsstrukturen. Dies lässt sich an mehreren Erscheinungsebenen verdeutlichen, die politisch ineinander greifend dieser Bewegung besondere Dynamik verleihen:

- dem rassistischen Protest- und Gewalthandeln,
- dem Aufstieg des Rechtspopulismus,
- den Verschiebungen in der rechten Parteienlandschaft,
- der Formierung eines (extrem) rechten Machtblocks.

Auf der Ebene *rassistischer Proteste und Gewalt* hat Pegida die Funktion eines Türöffners für eine neue Dimension rassistisch motivierter Protestkultur eingenommen, die organisations- und sozialspezifisch geprägt ist von einem anlassbezogenen Zusammenwachsen unterschiedlicher rechter Spektren und soziokulturellen Milieus. Dieses Zusammenwachsen geht einher mit einem rapiden Anstieg rassistisch motivierter Gewalt gegenüber Flüchtlingen. Diese Gewalt ist hinsichtlich der Täterschaft einerseits gekennzeichnet durch den organisierten Neonazismus, der im aktuellen gesellschaftlichen Klima eine Gelegenheit sieht, sich als »Vollstre-

cker des Volkswillens« mittels Gewalt in Szene zu setzen und rechten Terror als Mittel zur Entfaltung eines faschistoiden »Bürgerkriegs« anzuwenden.

Andererseits ist eine Häufung sogenannter anlassbezogener Straftaten zu verzeichnen, deren Urheber bislang polizeilich/politisch nicht auffällig gewesen sind, die nicht erkennbar in extrem rechte Strukturen und Milieus eingebunden sind und die sich durch das allgemeine Klima und rechte Agitation zum »Handeln« getrieben sehen. Diese Entwicklung verdeutlicht die Gefahr einer milieu- und organisationsübergreifenden rassistischen Mobilisierung, die ihre Selbstermächtigung nicht nur aus rechtsextremer Propaganda erfährt, sondern zudem aus einer vorherrschenden politischen Debatte im Umgang mit Einwanderung im Allgemeinen und Flüchtlingen im Besonderen.

Im Zuge des *Aufstiegs rechtspopulistischer Parteien* in Europa war die Bundesrepublik Deutschland viele Jahre lang ein weißer Fleck auf der Landkarte. Im Zusammenhang mit der Selbstverortung der Mehrheit der im Bundestag vertretenen Parteien als Vertreterinnen der »politischen Mitte«, der Formierung einer Großen Koalition und des Merkel'schen Credo einer »Alternativlosigkeit« neoliberaler Austeritätspolitik im Kontext der Euro-Rettung formierte sich mit der AfD eine neue parteipolitische Kraft rechts der Unionsparteien. Entstanden als rechtsnationale Anti-Euro-Partei vollzog die AfD im Laufe ihrer bislang dreijährigen Entwicklung eine fortschreitende Rechtsentwicklung, die sie im Kontext der aktuellen Flüchtlingsdebatte in ein parteipolitisches Dach einer neuen einwanderungsfeindlichen, radikal rechten Oppositionspartei mit Massenanhänger transformierte.

Damit einher gehen *Verschiebungen in der rechten Parteienlandschaft*, bei denen die AfD zunehmend den Kristallisationspunkt einer neuen rechten Bewegung mit parteipolitisch erfolgversprechenden Machtoptionen darstellt. Während zuvor rechtspopulistische Parteien wie beispielsweise die *Schill-Partei* oder die AfD-Vorläufer-Partei *Bund freier Bürger* lediglich temporäre Erfolge zeitigen konnten, formiert sich mit der AfD ein sowohl rechtspopulistisches wie völkisch-nationalistisches parteipolitisches Dach einer »Nationalen Opposition«, das die (extrem) rechte Parteien-

landschaft umwälzt und die Neuformierung eines neuen radikal rechten politischen Blocks ankündigt.

Ein neuer politischer Block

Diese Neuformierung eines (extrem) rechten Machtblocks offenbart sich wahrarithmetisch in den erdrutschartigen Wahlerfolgen der AfD im Kontext der Flüchtlingsdebatte. Diese Wahlerfolge sind begleitet von einer Erosion der Abgrenzung gegenüber autoritär-nationalistischen und zugleich flüchtlingsfeindlichen und rassistischen Politikkonzepten. Zugleich gelang es der AfD, sowohl eine relevante Anzahl aus dem Lager der Nichtwähler*innen zu mobilisieren, sowie zugleich Wechselwähler*innen aus dem gesamten Parteienspektrum einschließlich des linken und gewerkschaftlichen Lagers anzusprechen. Die AfD versucht, in die Fußstapfen erfolgreicher extrem rechter Parteien wie des französischen Front National und der österreichischen FPÖ zu treten, und knüpft zudem außenpolitische Kontakte zum autoritären Putin-Regime. Unter der Parole eines Europas der Vaterländer formiert sich ein gegenhegemonialer, rechtsautoritärer Machtblock, dessen Einfluss sich mangels sichtbarer und wirkungsvoller Gegenkonzepte vergrößert. Be feuert von den AfD-Wahlerfolgen wä hnen sich die neurechten und völkisch-nationalistischen Strömungen innerhalb und im Umfeld der Partei in einer Phase des beginnenden politischen Umsturzes und mobilisieren zu zivile m Ungehorsam und politischem Aufstand. Diese rechte Aufstandsrhetorik zeigt ihren Widerhall nicht nur im Lager der extremen Rechten, sondern entfaltet zugleich Wirkungen im nationalkonservativen Spektrum. Die AfD nimmt hierbei die Rolle eines politischen Zugpferdes ein und setzt auf eine emotionalisierte Politik der Feindbilder: Die Einwander*innen, der Islam, und die sogenannten Alt-Parteien dienen dabei als wirkungsmächtige Sinnbilder einer angeblich volksfeindlichen Politik, gegen die in völkisch-nationalistischer Stoßrichtung zum Aufstand mobilisiert wird.

Sollte sich die AfD längerfristig in der deutschen Parteienlandschaft etablieren können, würde sie nicht nur in ihrer Rolle als rechte Fundamentalopposition die politische Kultur nach rechts verschieben. Theoretisch könnte sie auch die Rolle eines Mehrheits-

beschaffers eines rechtskonservativen Blocks einnehmen und die Phase einer ›Normalisierung‹ des Rechtspopulismus in Deutschland einleiten.

Folgen für die politische Kultur

Der Erfolg des rechten Populismus ist auch ein Ergebnis der Krise politischer Repräsentation: Der Schwenk der Sozialdemokratie zur »Mitte«, die Große Koalition und die scheinbare Alternativlosigkeit neoliberalen Krisenmanagements im globalisierten finanzgesteuerten Kapitalismus haben Ängste vor der unkontrollierbaren Entwicklung eines ungezügelten Profitstrebens und zugleich einer abstrakten Regulierung globaler Herrschaftsverhältnisse hervorgerufen, die nun von reaktionären politischen Kräften zur Re-Nationalisierung des Politischen genutzt werden. Dies gelingt den extrem rechten Kräften aufgrund der fehlenden Alternative eines linken Blocks, der antagonistische alltagstaugliche politische Angebote zu formulieren und machtstrategisch zu verankern in der Lage ist. Auch deshalb gelingt dem rechten Populismus der Eintritt in das linke und gewerkschaftlich organisierte Wähler*innenlager.

Aus diesem Grund ist das Problem des Rechtspopulismus und des sich formierenden rechten Machtblocks nicht auf rein diskursiver Ebene zu lösen: Die rechtspopulistische Agitation basiert auf der emotionalisierten Anklage von Ungerechtigkeit und politischem Missstand, die in eine Politik der autoritären Krisenlösung mündet. Eine politisch wirksame Reaktion kann daher nicht alleine in der Entlarvung des Rechtspopulismus bestehen, sondern muss zugleich die Ursachen von Unzufriedenheit, Politikverdrossenheit und Rassismus in den Blick nehmen. Ein maßgeblicher Grund für rassistische Ressentiments besteht in einem immer noch gesellschaftlich tief verankerten völkischen Verständnis von Volk und Nation, dessen dauerhafte Auflösung eine große Herausforderung auch für emanzipative Kräfte darstellt. Zugleich bedarf es der Formierung eines neuen linken Blocks, der die realen ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme im Sinne allgemeiner Menschenrechte, Gleichheit, Solidarität und Anerkennung anzugehen in der Lage ist.

Die Autorinnen und Autoren

Isolde Aigner promoviert zu antifeministischen Geschlechterdiskursen an der Ruhr-Universität Bochum und ist Mitarbeiterin der Diskurswerkstatt des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS).

Joachim Bischoff, Ökonom und Publizist, ist Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus, Hamburg.

Alexander Häusler ist Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus (www.forena.de) an der Hochschule Düsseldorf.

Anna-Lena Herkenhoff ist Soziologin und Mitarbeiterin der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Münster.

Margarete Jäger ist Kulturwissenschaftlerin und leitet zurzeit das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS). Ihre Forschungsschwerpunkte sind Studien zu Politik-, Medien- und Alltagsdiskursen, insbesondere in Bezug auf Rassismus, Migration, Rechtsextremismus, Krieg und Gender.

Heike Kleffner ist Journalistin und derzeit Referentin im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages für die Linksfraktion.

Felix Korsch ist Politikwissenschaftler und Fachjournalist, er lebt und arbeitet in Leipzig und Dresden.

Jörg Kronauer ist freier Journalist, lebt in London. Er ist Redakteur bei german-foreign-policy.com, veröffentlicht regelmäßig Beiträge in konkret, LOTTA, Der Rechte Rand, Junge Welt.

Bernhard Müller, Sozialwissenschaftler und Publizist, ist Redakteur der Zeitschrift Sozialismus und Mitglied des Teams des VSA: Verlags in Hamburg.

Hendrik Puls ist Soziologe. Er veröffentlichte 2012 die Studie »Antikapitalismus von rechts? Wirtschafts- und sozialpolitische Positionen der NPD« (Münster, Edition Assemblage).

Matthias Quent ist Soziologe in Jena mit den Arbeitsschwerpunkten öffentliche und politische Soziologie, Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus.

Fabian Virchow ist Professor für Theorien der Gesellschaft und Theorien politischen Handelns an der Hochschule Düsseldorf und Leiter des dortigen Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus (www.forena.de).

Regina Wamper ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS). Sie arbeitet diskursanalytisch zur extremen Rechten und zu Rassismus.

Volkmar Wölk ist Mitarbeiter der Fachzeitschrift »Der Rechte Rand« und arbeitet zur Ideologieentwicklung der extremen Rechten.